

Information



**DEUTSCHE
POLIZEIGEWERKSCHAFT**
IM DEUTSCHEN BEAMTENBUND
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

der DPoIG M-V vom 19.11.2021

Herausgeber: DPoIG M-V
Hollstr. 13
18273 Güstrow
Telefon: 038 43 / 68 23 01
Telefax: 038 43 / 68 23 03
E-Mail: dpolg@dpolg-mv.de
Internet: www.dpolg-mv.de

Die DPoIG M-V: klares NEIN zu der geplanten undifferenzierten Legalisierung von Cannabis. Der Staat darf nicht zum Dealer werden

Die DPoIG M-V hat kein Verständnis für die durch SPD, GRÜNE und FDP geplante Legalisierung von Drogen als reines Genuss- und Suchtmittel.
(Die medizinisch begründete Abgabe ist hier nicht Gegenstand der Kritik.)

„Der Staat darf nicht zum Dealer werden“ so der DPoIG-Landesvorsitzende Ronald Müller. Vielmehr ist die Aufgabe des Staates Strafverfolgung und Prävention zu gewährleisten und nicht, den Bürgern den Drogenkonsum zu erleichtern. Auch wenn durch einen lizenzierten Verkauf zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden können. Was wir brauchen ist nicht die Legalisierung, sondern Aufklärung in Schulen, Jugendclubs und Diskotheken usw. Wer mit Drogen aufgegriffen wird, der sollte verpflichtend an einer Drogenberatung teilnehmen müssen. Natürlich werden schon jetzt in der Praxis die Verfahren wegen geringen Mengen zum Eigenkonsum in der Regel eingestellt. Und das mag für die Justiz und die Betroffenen eine Erleichterung sein. Doch die Polizei muss in jedem Fall wegen dem Verdacht einer Straftat das komplette Ermittlungsverfahren durchziehen und somit absehbare „Arbeit für den Papierkorb“ leisten. Natürlich ist dies für die Kolleginnen und Kollegen frustrierend. Das kann und muss verändert werden.

Das die rechtliche Thematik Drogen insgesamt kritisch evaluiert werden muss, das sieht auch die DPoIG aus verschiedenen Gründen so.

Aber wie schon die stellv. Bundesvorsitzende Sabine Schumann am 25.10.21 sagte: „Wenn man über die Grenze nach Holland schaue, würde deutlich, dass das Projekt der Freigabe von Drogen gescheitert sei. Die Kriminalität nehme eher zu als ab.“ Und wenn Cannabis erlaubt wird, ist durchaus zu erwarten, dass auch mehr Menschen unter dieser Droge am Straßenverkehr teilnehmen. Schon jetzt gehören Drogen zu den Hauptursachen bei Verkehrsunfällen.

DPoIG – weil wir mehr erreichen wollen